



HAK-Fraktion | Rathausstr. 11 | 58095 Hagen

Herrn
Oberbürgermeister
Dennis Rehbein

- im Hause -

Bearbeitet von: Ömer Oral

Tel.: 02331 207 2063

Email: fraktion@hak-hagen.de

Dat.: 31.05.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Rehbein,

hiermit stellen wir gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Hagen die folgende Anfrage zur Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. Juni 2026:

**Bekämpfung von Sozialleistungsbetrug und missbräuchlicher
Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen in Hagen**

Anfrage:

1. Wie viele Fälle von festgestelltem Sozialleistungsbetrug wurden in Hagen in den vergangenen fünf Jahren registriert und welche Schadenssummen wurden dabei jeweils festgestellt?
2. Welche Formen des Sozialleistungsbetruges treten nach Erkenntnissen der Verwaltung in Hagen besonders häufig auf (z. B. Scheinbeschäftigung, Leistungsbezug trotz fehlender Anspruchsvoraussetzungen, Meldeverstöße, Kindergeldbetrug oder ähnliche Sachverhalte)?
3. Bestehen in Hagen behördenübergreifende Strukturen oder Arbeitsgruppen zwischen Jobcenter, Ausländerbehörde, Ordnungsamt, Bürgeramt, Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Polizei und weiteren Stellen zur Bekämpfung von Sozialleistungsbetrug und missbräuchlichen Strukturen? Falls ja, wie sind diese organisiert und welche Ergebnisse konnten bislang erzielt werden?
4. In welchem Umfang werden Problemimmobilien und auffällige Wohnobjekte im Zusammenhang mit möglichem Sozialleistungsbetrug, Scheinanmeldungen, Überbelegungen oder illegalen Beschäftigungsverhältnissen kontrolliert?
5. Welche Erfahrungen hat die Stadt Hagen mit Maßnahmen nach dem Vorbild des sogenannten „Gelsenkirchener Modells“ gemacht und welche Ergebnisse konnten hierbei bislang erzielt werden?

6. Wie viele Prüfverfahren zur Arbeitnehmerfreizügigkeit von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern wurden in den vergangenen fünf Jahren durchgeführt?
7. In wie vielen Fällen wurde in diesem Zeitraum die Arbeitnehmerfreizügigkeit beziehungsweise die Arbeitnehmereigenschaft aberkannt oder nicht anerkannt und welche Auswirkungen hatte dies auf den Bezug von Sozialleistungen?
8. In wie vielen Fällen wurden aufgrund entsprechender Feststellungen Sozialleistungen eingestellt, versagt oder zurückgefordert?
9. Wie bewertet die Verwaltung die bisherigen Handlungsmöglichkeiten der Stadt Hagen bei der Bekämpfung von Sozialleistungsbetrug und sieht sie gesetzlichen oder organisatorischen Verbesserungsbedarf auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene?

Begründung

Öffentliche Sozialleistungen dienen der Unterstützung von Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Missbrauchsfälle schaden nicht nur den öffentlichen Haushalten, sondern gefährden auch die Akzeptanz und das Vertrauen in den Sozialstaat.

Verschiedene Städte in Nordrhein-Westfalen haben ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Sozialleistungsbetrug in den vergangenen Jahren intensiviert und hierzu behördenübergreifende Kontroll- und Kooperationsstrukturen aufgebaut. Insbesondere das sogenannte „Gelsenkirchener Modell“ wird dabei regelmäßig als Beispiel für eine konsequente und koordinierte Vorgehensweise genannt.

Vor diesem Hintergrund besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse daran, die Situation in Hagen transparent darzustellen, die Wirksamkeit bestehender Maßnahmen zu bewerten und gegebenenfalls weitere Handlungsmöglichkeiten zu identifizieren. Ziel ist es, den Missbrauch öffentlicher Leistungen wirksam zu bekämpfen, öffentliche Mittel zu schützen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen



Sinan Akbaba
Fraktionsvorsitzender



Ömer Oral
Geschäftsführer